

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Beleganzugspreise extra pro Seite 25 Pf. — Wochensubskriptionen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Gansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmelhauser Straße 88-42, Telefon-Nr. 98 u. 89, Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

### Der Friede

Kann ihn die Menschheit nicht erreichen,  
Nach dem Jahrtausende sie bangt,  
Der als Idol aus allen Zeichen  
Der Weihnacht hell und strahlend prangt?  
Der sich im Lichtstrahl bunter Kerzen  
In zarte Kinderseelen senkt —  
Der Friede, wird er nie geschenkt,  
Ein immergrüner Baum, den Herzen?

Von hohen Geistern ward verkündet:  
Einst wandeln Schwerter sich zum Pflug,  
Und in den Strom der Liebe mündet  
Des Hasses letzter Atemzug.  
Dann aber gelitten die Trompeten  
Schrill in die Friedensmelodei'n:  
Empor, empor! Der Feind brach ein!  
Nun müssen die Kanonen beten.

Ihr wolltet gern im Frieden schaffen.  
War euch denn je nach Haß zu Sinn?  
Nun greift die Saust nach blanken Waffen,  
Das blanke Werkzeug werft ihr hin.  
Verlöscht des Friedens bunte Lichte;  
Es flammt die Welt in Qualm und Ruf:  
Denn wiederum sprach die Geschichte  
Ihr schroffes, eisenhartes Muß!

Und wiederum in blut'gen Stunden  
Fällt Volk und Volk sich grimmig an,  
Und wieder klaffen Wund' um Wunden.  
Und wiederum sinkt Mann um Mann.  
Es dunkelt Zorn in lichten Hirnen,  
Und aller Friede stirbt im Stahl —  
Und durch die Lande geht die Qual  
Und Trauer mit gebeugten Stirnen ...

Kann ihn die Menschheit nie erreichen,  
Des Friedens immergrünen Baum?  
Muß immer wieder er entweichen  
Vor unsern Händen wie ein Traum?  
Ist's nur ein Märchen, in den Tagen  
Der Weihnacht Kindern fromm erzählt,  
Nur eine Sage, trugbeseelt,  
Die rauh vom Leben wird zerschlagen?

So klingt uns zweifelnd heut' die Kunde,  
Doch aus der Völker grimmem Streit,  
Aus Blut und Not und Todeswunde  
Erhebt sich einst die neue Zeit.  
Die Zeit des Friedens und der Aehren  
Wird morgenrot aus trüber Nacht,  
Wird aus der Menschheit Willensmacht  
Und finst'ren Schrecken sich gebären.

E. Preczang

## Lohnrückgänge im preuß. Bergbau

Im 3. Viertel 1913 hatten die Löhne in den meisten preussischen Bergrevieren den Höchststand erreicht, von da gingen sie fast überall zurück. Auch seit Kriegsbeginn sind die Löhne noch weiter erheblich gesunken. Zwar ist der Vierteljahrslohn im 3. Vierteljahr 1914 gegen das Vorvierteljahr teilweise etwas gestiegen, aber nur infolge der höheren Schichtenzahl. Der pro Schicht verdiente Lohn ist überall weiter zurückgegangen. Nach der amtlichen Lohnstatistik, veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ (Nr. 294 vom 15. Dezember 1914) betrug (in Mark):

Bergrevier	Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht			Vierteljahrslohn pro Arbeiter		
	3. Viertel 1913	2. Viertel 1914	3. Viertel 1914	3. Viertel 1913	2. Viertel 1914	3. Viertel 1914
Ruhrgebiet	5,42	5,22	5,07	463	402	410
Oberschlesien	3,68	3,65	3,50	303	267	270
Niederschlesien	3,45	3,49	3,42	287	266	276
Saargebiet	4,44	4,42	4,26	355	325	333
Wachener Revier	4,97	4,80	4,07	415	365	369
Niedersch. Steinkohlenbergb.	5,89	5,40	5,28	462	412	390
Haller Braunkohlenbergbau	3,80	3,74	3,70	307	284	295
Südrh. Braunkohlenbergb.	4,30	4,25	4,17	347	328	328
Haller Salzbergbau	4,23	4,20	4,09	346	320	302
Glauzhaller Salzbergbau	4,41	4,39	4,26	361	330	310
Mansfelder Erzbergbau	3,70	3,66	3,58	304	281	293
Oberharzer Erzbergbau	3,61	3,55	3,47	284	268	273
Siegener Erzbergbau	4,40	4,40	4,05	361	330	312
Hassau-Wepf. Erzbergbau	3,54	3,52	3,27	281	260	232
Niedersch. Erzbergbau	3,88	3,97	3,79	305	289	273
Südrh. Erzbergbau	3,27	3,34	3,26	261	247	236

Im 3. Viertel 1914 stieg die Schichtenzahl pro Arbeiter gegen das Vorvierteljahr im Ruhrgebiet von 77 auf 81, in Oberschlesien von 73 auf 80, in Niederschlesien von 76 auf 81, im Saargebiet von 78 auf 79, im Wachener Revier von 76 auf 79, im Haller Braunkohlenbergbau von 76 auf 80, im linksrheinischen Braunkohlenbergbau von 77 auf 79, im Mansfelder Erzbergbau von 77 auf 82, im Oberharzer Erzbergbau von 74 auf 77, im Siegener Erzbergbau von 75 auf 77. Der Vierteljahrslohn stieg in diesen Revieren aber nur um 3, 12, 10, 8, 4, 11, 0, 11, 10 Mk.; im Siegener Erzbergbau ist der Vierteljahrslohn trotz der höheren Schichtenzahl sogar um 18 Mk. gesunken. Der starke Lohnrückgang tritt noch besser in Erscheinung in folgender Gegenüberstellung, wonach im preussischen Bergbau betrug:

	Gesamtbelegschaft	Gesamtlöhnsomme	Vierteljahrslohn pro Arbeiter
3. Viertel 1913	723 766	288 279 530 Mk.	398 Mk.
4. Viertel 1913	754 511	279 890 305 "	370 "
1. Viertel 1914	772 009	275 828 088 "	357 "
2. Viertel 1914	787 177	269 826 362 "	352 "
3. Viertel 1914	802 819	216 642 410 "	359 "

Die Gesamtbelegschaft im 3. Viertel (Juli, August, September) 1914 hat sich danach gegen das Vorvierteljahr nur um 164 858 vermindert. Die Zahl der neu angelegten Arbeiter muß daher sehr groß sein, denn allein im Ruhrgebiet sind bisher über 110 000 Mann zum Kriegsdienst einberufen worden. Obwohl die Schichtenzahl pro Arbeiter besonders im Steinkohlen-, Braunkohlen- und Erzbergbau im 3. Vierteljahr gegen das Vor-

vierteljahr meist um 2 bis 7 gestiegen ist, stieg der durchschnittliche Vierteljahrslohn nur um 7 Mk., während der Lohn pro Schicht überall erheblich zurückging. Wären Durchschnittslohn und Schichtenzahl auf der Höhe geblieben, die sie im 3. Viertel 1913 erreicht hatten, dann müßte entsprechend der Belegschaft die Gesamtlohnsomme betragen:

4. Viertel 1913	300 516 040 Mk. statt 279 890 305 Mk.
1. Viertel 1914	307 498 382 Mk. statt 275 828 088 Mk.
2. Viertel 1914	305 336 446 Mk. statt 269 826 362 Mk.
3. Viertel 1914	289 722 082 Mk. statt 216 642 410 Mk.

Der durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl entstandene Gesamtlohnverlust im preussischen Bergbau betrug mithin:

4. Viertel 1913	21 125 735 Mk.
1. Viertel 1914	31 670 294 Mk.
2. Viertel 1914	35 510 084 Mk.
3. Viertel 1914	23 080 552 Mk.
Summa	111 386 665 Mk.

Dabon entfallen allein auf den Ruhrbergbau:

4. Viertel 1913	15 253 621 Mk.
1. Viertel 1914	24 710 915 Mk.
2. Viertel 1914	24 687 119 Mk.
3. Viertel 1914	17 369 896 Mk.
Summa	82 291 551 Mk.

Der durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl entstandene Gesamtlohnverlust betrug danach in einem Jahre 111 386 665 Mk.; dabon entfallen allein auf den Ruhrbergbau 82 291 551 Mk. Dort also, wo die Werksbesitzer die größten Gewinne erzielt haben, sind die Lohnrückgänge und Lohnverluste weitaus am stärksten.

Wenn auch infolge der geringeren Belegschaft und der durch den Krieg bedingten Beschränkung des Verkehrs die Fördermöglichkeit nicht voll ausgenutzt werden konnte und die Selbstkosten entsprechend stiegen, so rechtfertigen sich diese starken Lohnverluste besonders im Ruhrbergbau schon mit Rücksicht auf die glänzenden Gewinnergebnisse der letzten fünf Jahre nicht und es hätte erwartet werden können, daß die Löhne wenigstens nach Kriegsbeginn wieder auf die alte Höhe gebracht wurden. Die Werksbesitzer hätten damit nur ihre immer so stark betonte patriotische Pflicht erfüllt und dann noch längst nicht so große Opfer gebracht, wie Millionen Volksgenossen, die ihr Leben hergeben und im Felde Blut und Leben einsehen. In der „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 19 vom 9. Mai 1914) haben wir die Betriebsgewinne von 35 großen und kleinen reinen Becken und 6 großen gemischten Werken (Becken und Stütten) für die Zeit von 1909 bis 1913 zusammengestellt, welche betragen:

1909	35 reine Becken	6 gemischte Werke
1910	81 379 740 Mk.	112 034 540 Mk.
1911	85 930 691 "	135 792 415 "
1912	85 927 873 "	159 856 619 "
1913	118 777 711 "	181 273 167 "
1914	144 685 948 "	216 420 374 "
Summa:	511 701 361 Mk.	804 376 105 Mk.

Die Betriebsgewinne der fraglichen 41 Werke betragen mithin von 1909 bis 1913: 1 316 077 466 Mk.; allein im Jahre 1913: 360 105 720 Mk. Die Werksbesitzer hätten also nicht nur sehr gut während des Krieges auf Gewinne verzichtet, sondern auch etwas zulegen können, ohne sich sonderlich einzuschränken. In vielen anderen Berufen zahlen die Unternehmer die Löhne in alter Höhe weiter, obwohl sie meist längst nicht so gut gestellt sind, wie die Grubenbesitzer. Warum tun das die Grubenbesitzer nicht, die sich bei allen Gelegenheiten als besonders staats-erhaltend geben? Warum verlangen sie jetzt, wo es gilt, das auch durch die Lat zu beweisen? Die Lebenshaltung hat sich besonders seit Kriegsbeginn außerordentlich verteuert. Dadurch ist die Kaufkraft des Geldes selbstverständlich im gleichen Maße gesunken. Die Lohnrückgänge sind darum nicht nur für die Arbeiter selbst, sondern für unsere gesamte Volkswirtschaft doppelt empfindlich. Würden alle Unternehmer so verfahren wie die Grubenbesitzer, so würde die Kaufkraft noch weiter zurückgehen und unsere Wirtschafts- und Kampfkraft lähmen.

Die Nachfrage nach Kohlen ist schon durch den starken Kriegsbedarf gut und übersteigt teilweise das Angebot. Auch diesen Umstand wußten sich die Grubenbesitzer zunutze zu machen. Zunächst hat das Kohlen Syndikat eine Preiserhöhung von 3 Mk. pro Tonne für diejenigen Mengen eintreten lassen, die „über den normalen Bedarf hinaus“ bestellt wurden. Außerdem wurde am 11. Dezember 1914 eine Erhöhung der Richtpreise für Kohlen und Bricketts von durchschnittlich 2 Mk. pro Tonne für die Zeit vom 1. April bis 31. August 1915 beschlossen. Lohnrückgänge auf der einen, Kohlenpreiserhöhungen auf der anderen Seite! So beweisen die Grubenbesitzer auch in dieser schweren Zeit, daß ihnen das Eigeninteresse höher steht, wie das Interesse der Gesamtheit.

### Lohnbewegungen, Streiks und Ausfverrungen im Jahre 1913.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in einer Beilage zur Nr. 50 des Jahrgangs 1914 die Statistik der im Jahre 1913 von den Zentralverbänden geführten wirtschaftlichen Bewegungen. Einleitend wird dazu bemerkt: Daß in einer Zeitepoche, die erfüllt ist von einem gewaltigen, blutigen Kampf der Nationen, das Interesse an der Bewertung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse naturgemäß zurücktreten muß, es jedoch nicht raumt erschieben, aus diesem Grunde die Fortführung dieser Jahresstatistiken zu unterbrechen. Dagegen ist die Besprechung der Ergebnisse der Statistik auf die wichtigsten Punkte eingeschränkt.

Es fanden 1913 insgesamt 9972 Bewegungen statt, an denen 1 214 523 Personen beteiligt waren. Von den Bewegungen wurden 92 463 Betriebe mit 1 724 987 daz. beschäftigten Personen erfaßt. 1912 betrug dagegen die Zahl der Bewegungen 9961 und die der Beteiligten 1 254 358. Ziffermäßig weichen in der Zahl und dem Umfang der Bewegungen die Ergebnisse der beiden Jahre nicht erheblich voneinander ab. Doch muß bei einem Vergleich berücksichtigt werden, daß 1912 an dem großen Bergarbeiterausstand allein 237 792 Personen beteiligt waren, der Ausstand selbst in der Statistik nur mit vier Streikfällen verzeichnet wurde. 1913 vollzog sich dagegen wieder, nach einem Zeitraum von drei Jahren, die zentrale Tarifbewegung im Baugewerbe. Sie wurde auf dem Wege einer friedlichen Verständigung erledigt und kommt in der Statistik des Berichtsjahres bei den Händen der Bauarbeiter und Zimmerer mit einer sehr erheblich gesteigerten Zahl von Bewegungen ohne Arbeitsbeeinträchtigung und daran beteiligter Personen zum Ausdruck. Wie dort diese außergewöhnliche Steigerung auf die Vergleichszahlen einwirkt, ist aus den folgenden, genaueren Angaben ersichtlich. Beide Verbände, Bauarbeiter und Zimmerer, hatten zusammen 1912 413 Meinungen mit 21 650 W.

teiligten, 1913 dagegen 1920 Bewegungen mit 417 216 beteiligten Personen. Berücksichtigt man für beide Jahre diese ausnahmsweise große Anteilnahme von Personen zweier Berufsgruppen, in Verbindung mit der fast ausreißendgehenden Fälligkeit der Fälle, so ist im allgemeinen gegen das Vorjahr eine starke Abnahme der wirtschaftlichen Bewegungen an Zahl der Fälle und Beteiligten zu erkennen. Diese Erscheinung entspricht auch der ungünstigeren Weltwirtschaftslage im Jahre 1913.

Der Ausgang der Bewegungen insgesamt war in 6590 Fällen = 66,4 Proz. (7089 = 71,1 Proz.) erfolgreich, in 2019 Fällen = 20,4 Proz. (2018 = 20,6 Proz.) teilweise erfolgreich und in 708 Fällen = 7,1 Proz. (748 = 7,6 Proz.) erfolglos. (Die eingestrichelten Zahlen bedeuten stets die Vergleichszahlen des Jahres 1913.) In 4 Fällen blieb der Ausgang unbekannt und 88 Kämpfe waren am Jahresabschlusse nicht beendet. Der Stand der erfolglos beendeten Bewegungen ist in beiden Jahren annähernd der gleiche. Bei den erfolgreichen und teilweise erfolgreich beendeten Bewegungen ist jedoch gegen das Vorjahr eine ungünstige Verschiebung eingetreten. Der Anteil der ersten ging um 4,7 Proz. zurück, während der Prozentsatz der teilweise erfolgreichen Bewegungen um 5,8 stieg. Noch stärker als bei den Fällen teilt diese Verschiebung bei den Erfolgsgipfeln der Beteiligten hervor. Es hatten bollen Erfolg 846 116 Personen = 45,1 Proz. (882 607 = 54,6 Proz.), teilweisen Erfolg 588 620 Personen = 44,9 Proz. (588 654 = 54,8 Proz.) und keinen Erfolg 126 152 Personen = 10,0 Proz. (206 179 = 20,6 Proz.). In den Bewegungen unbekanntem Ausgangs waren 8084 und an den Jahresabschlusse nicht beendeten Streitigkeiten und Ausperspungen 8949 Personen beteiligt. Der erheblich höhere Prozentsatz an Personen, die 1912 keinen Erfolg hatten, ist auf den bereits erwähnten Bergarbeiterausstand mit seinem erfolglosen Ausgang zurückzuführen. Die gesamten Bewegungen, ohne und mit Arbeitseinstellung, erforderten eine Ausgabe von 16 067 889 (11 788 749) M.

Der Anteil der fehlgeschickten Bewegungen an der Gesamtzahl ist gegen das Vorjahr gestiegen. Von den gesamten 6072 Bewegungen beliefen sich 7872 = 78,9 Proz. (7196 = 71,6 Proz.) mit 686 537 Beteiligten = 70,8 Proz. (774 769 = 61,8 Proz.) ohne Arbeitseinstellung. In 6518 (6804) Fällen wurden die Bewegungen unternommen, um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, an deren Durchführung 918 778 Personen (788 407) beteiligt waren. 804 Bewegungen (882) mit 81 750 Beteiligten (88 882) wurden geführt, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückzuweisen. Die Angriffsbewegungen waren in 4292 Fällen = 65,8 Proz. (4042 = 79,8 Proz.) erfolgreich und in 2008 Fällen = 32,2 Proz. (1612 = 24,0 Proz.) teilweise erfolgreich. Von den Beteiligten hatten 407 210 = 44,6 Proz. (511 232 = 60,4 Proz.) bollen und 470 357 = 52,5 Proz. (208 581 = 27,0 Proz.) nur einen teilweisen Erfolg. 128 Bewegungen mit 27 211 Beteiligten endeten erfolglos. Von den Abwehrbewegungen endeten 672 = 78,7 Proz. (676 = 81,2 Proz.) mit 20 612 Beteiligten = 70,6 Proz. (26 477 = 56,1 Proz.) erfolgreich und 101 = 11,8 Proz. (73 = 8,8 Proz.) mit 8090 Beteiligten = 15,6 Proz. (682 = 2,3 Proz.) teilweise erfolgreich. Erfolglos blieben 81 Bewegungen mit 4108 Beteiligten.

Der Erfolg der Angriffsbewegungen war 1913 erheblich geringer als 1912, auch die Abwehrbewegungen endeten weniger günstig. Die Kosten der Bewegungen beliefen sich auf 241 898 M.

Die Gesamtzahl der im Jahre 1913 von den Zentralverbänden geführten Kämpfe betrug 2800 (2825). Davon waren Angriffstreiks 1807 = 50,3 Proz. (1548 = 54,6 Proz.), Abwehrstreiks 886 = 33,3 Proz. (926 = 32,8 Proz.) und Ausperspungen 427 = 16,4 Proz. (356 = 12,6 Proz.). Die Gesamtzahl der Kämpfe hat sich gegen das Vorjahr um 22,5, also erheblich vermindert. Diese Tatsache kann als ein Zeichen der ungünstigeren wirtschaftlichen Lage des Jahres 1913 angesehen werden. Diese Annahme wird noch weiter bestätigt durch den besonders starken Rückgang der Angriffstreiks. Die Abwehrstreiks haben zwar auch eine Abnahme erfahren, jedoch in einem viel geringeren Maße, als bei den Angriffstreiks erfolgte. Der prozentuale Anteil der Abwehrstreiks an den Gesamtkämpfen ist gegen das Vorjahr sogar, wenn auch nur unerheblich, gestiegen. Die höhere Zahl der Ausperspungen ist ausschließlich zurückzuführen auf den im Frühjahr 1913 im Malsbergwerbe stattgefundenen erbitterten Kampf um den neuen Reichstax, der in einer ganz erheblichen Anzahl von Orten Ausperspungen der Gehilfen zeitigte. Von den gesamten 427 Ausperspungen kommen auf den Verband der Maler allein 284 mit zusammen 27 001 Ausgespernten.

An den gesamten Kämpfen des Jahres 1913 waren 248 086 Personen, darunter 20 732 weibliche, durch Arbeitseinstellung beteiligt. 1912 nahmen an den Kämpfen 470 580 Personen teil, davon kamen jedoch auf den Bergarbeiterausstand, wie schon erwähnt wurde, allein 287 788. Diese Zahl macht sich auch bei einem Vergleich des prozentualen Anteils der Personen an den verschiedenen Arten der Kämpfe in den beiden Jahren, besonders bei den Angriffstreiks, recht erheblich fühlbar. Es nahmen 1913 teil an den Angriffstreiks 140 615 Per-

sonen = 58,5 Proz. (368 090 = 73,4 Proz.) und an den Abwehrstreiks 88 079 Personen = 14,8 Prozent (45 400 = 0,5 Proz.). Von den Ausperspungen wurden betroffen 71 892 Personen = 25,7 Proz. (82 089 = 17,1 Proz.). Unter dem Einfluß des Bergarbeiterausstandes war die Zahl der an den Angriffstreiks im Jahre 1912 beteiligt gewesen Personen um 211 475 höher als 1913. Auch die Abwehrstreiks und Ausperspungen wiesen eine geringere Beteiligungsziffer auf.

Der Ausgang der Angriffstreiks war in 701 Fällen = 61,1 Proz. erfolgreich, in 270 Fällen = 20,0 Proz. teilweise erfolgreich und in 208 Fällen = 18,0 Proz. erfolglos. Von den Beteiligten hatten 44 884 = 32,1 Proz. bollen, 81 288 = 22,4 Proz. einen teilweisen und 80 800 = 48,5 Proz. keinen Erfolg.

Von den 808 Abwehrstreiks endeten 588 = 63,4 Proz. erfolgreich, 101 = 12,0 Proz. teilweise erfolgreich und 208 = 24,6 Proz. erfolglos. Der Erfolg der beteiligten Personen kann bei den Abwehrstreiks nicht in dem gleichen Sinne als bei den Angriffstreiks bewertet werden. Für 21 787 = 62,1 Proz. Personen war es möglich, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erfolgreich abzuwehren, 8969 = 11,8 Proz. Personen erreichten nur einen teilweisen Erfolg, erlitten also eine teilweise Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, während für 8076 Personen = 26,0 Proz. die Abwehr der Verschlechterungen erfolglos war.

Die Ausperspungen bilden ein Kampfmittel der Unternehmer, um Forderungen der Arbeiter abzuwehren oder ihnen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen aufzubringen. Unter diesem Gesichtspunkte müssen auch ihre Wirkungen aufgefaßt werden.

Ging bollen Erfolg hatten die Unternehmer nur bei 58 Ausperspungen = 14,1 Proz. der Gesamtzahl, die sich auf 29 957 Personen = 33,0 Proz. aller Ausgespernten erstreckten. Ergebnislos für die Unternehmer endeten dagegen 802 Ausperspungen = 78,9 Proz. mit 82 808 Ausgespernten = 46,2 Proz.; der Erfolg war hier auf Seiten der Arbeiter. Bei 51 Ausperspungen = 12,4 Proz. mit 18 091 Beteiligten = 10,6 Proz. war der Ausgang für die Arbeiter teilweise erfolgreich, d. h. auch in diesen Fällen mußten die Unternehmer sich zu Konzessionen bereit erklären, wenn auch den Arbeitern kein voller Erfolg beschieden war.

Von den gesamten 2800 Kämpfen waren am Jahresabschlusse 58 mit 3342 daran beteiligten Personen nicht beendet. Fast man den Ausgang der beendeten Kämpfe zusammen, so ergibt sich, daß von diesen 1628 = 65,8 Proz. (1721 = 61,7 Proz.) erfolgreich und 422 = 18,8 Proz. (458 = 16,4 Proz.) teilweise erfolgreich endeten. 497 Kämpfe = 19,5 Proz. (588 = 19,8 Proz.) waren erfolglos und von zwei Kämpfen blieb der Ausgang unbekannt. Von den an den beendeten Kämpfen beteiligt gewesen 245 444 Personen hatten 69 204 = 40,4 Proz. (194 798 = 28,4 Proz.) einen bollen und 49 293 = 20,1 Proz. (60 091 = 12,8 Proz.) einen teilweisen Erfolg. 98 888 Personen = 33,2 Proz. (274 979 = 57,8 Proz.) war kein Erfolg beschieden. Für 8084 Personen wurde über den Erfolg nicht berichtet. Der Gesamterfolg der Kämpfe war 1913 etwas günstiger als im Vorjahre; der Anteil der erfolgreichen Fälle stieg um 2,1 Proz., während der Stand der teilweise erfolgreichen und der erfolglosen Kämpfe der gleiche blieb. Die prozentualen Erfolgsgipfeln der Beteiligten des Jahres 1912 werden durch die große Zahl der an dem erfolglos gebliebenen Bergarbeiterausstand beteiligt gewesen Personen erheblich beeinträchtigt.

Für 196 460 Personen konnte der durch die Arbeitseinstellung erfolgte Ausfall an Arbeitszeit und Verlust an Verdienst festgesetzt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit für männliche Personen 5 201 557 und für weibliche Personen 380 477, zusammen 5 672 034 Tage. Der Ausfall an Verdienst beläuft sich bei den männlichen Personen auf 25 239 833 M., und bei den weiblichen Personen auf 871 690 M., zusammen 26 111 523 M. Von dem gesamten Verlust an Arbeitszeit und Verdienst kommt auf die Ausperspungen ein Arbeitszeitverlust von 1 632 314 Tagen und ein Verdienstaussfall von 7 288 356 M. Die Kämpfe erforderten eine Gesamtausgabe von 14 825 831 M. (11 486 305 M.). Sie kosteten also 67,7 Proz. mehr als das Vorjahr. Von den gesamten Kosten kommen auf die Angriffstreiks 8 890 753 M., Abwehrstreiks 2 078 192 M., Ausperspungen 3 840 788 M. Außerdem verausgabten 5 Verbände noch 76 190 M. an Unterstützung für Mitglieder, die an den Kämpfen anderer Verbände mit beteiligt waren.

Die gesamten von den Zentralverbänden im Jahre 1913 geführten wirtschaftlichen Bewegungen brachten 1 117 050 Personen einen Erfolg. Für 1 014 674 Personen wurde eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzielt und für 102 385 Personen Verschlechterungen völlig oder teilweise abgewehrt. Es erreichten 824 794 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 695 194 Stunden, 915 972 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 2 021 552 M. pro Woche und 484 819 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Der größte Teil der Erfolge entfällt auf die Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung. Durch diese wurde erzielt eine Arbeitszeitver-

längerung für 288 885 Personen von zusammen 690 788 Stunden, für 773 298 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 1 686 887 M. pro Woche und für 398 470 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ein Vergleich dieser Zahlen mit den im Jahre 1912 erreichten Erfolgen ergibt, daß 1913 die Zahl der Personen, die eine Arbeitszeitverlängerung erreichten, um 58 891 geringer ist als im Vorjahre und zusammen 144 857 Stunden pro Woche an Arbeitszeitverlängerung weniger erzielt wurden. Die auf jede Person entfallende durchschnittliche Arbeitszeitverlängerung blieb jedoch gleich, sie beläuft sich auf 2 1/2 Stunden pro Woche. Die 1918 erreichten Lohnerhöhungen übersteigen dagegen weit die im Vorjahre erzielten Resultate. Die Zahl der Personen, die eine Lohnerhöhung erreichten, ist um 853 951 und die Gesamtsumme der Lohnerhöhung um 1 074 501 M. pro Woche höher als 1912. Der auf jede Person entfallende Durchschnittsbetrag betrug 1912 2,28 M. und 1913 1,79 M. pro Woche. Dieses bedeutend höhere Maß an erzielter Lohnerhöhung ist besonders der im Baugewerbe stattgefundenen Tarifbewegung zuzuschreiben.

Umgekehrt wurde 1913 für 4903 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 18 070 Stunden, für 28 888 Personen eine Lohnlagerung von zusammen 49 050 M. pro Woche und für 44 884 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Trotz erfolgloser Abwehr trat dagegen ein für 708 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 8208 Stunden, für 8620 Personen eine Lohnlagerung von zusammen 10 100 M. pro Woche und für 2728 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

In 5403 Fällen (5399) kam es bei den Bewegungen zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 725 821 Personen (651 548). Der gegen das Jahr 1912 im bedeutend höheren Maße erfolgte Abschluß von Tarifverträgen resultiert besonders aus den Tarifbewegungen der Verbände der Bauarbeiter, Maler und Zimmerer.

Das Kriegsjahr 1914 hat die sich bisher in normaler Weise vollziehende Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe sich unterbrochen. Der Verteilungskampf der gesamten deutschen Nation nach außen hat die Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital im Innern zurücktreten lassen. In der Aufdeckung dieser Interessengegensätze ist die Arbeiterorganisationen eingetreten. Wie sich in Zukunft die Entwicklung der Arbeiterorganisationen gestalten wird, läßt sich heute noch nicht voraussagen. Möglich, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft eine objektivere Würdigung in bürgerlichen Kreisen finden und die Gewerkschaften künftig bevorzugt bleiben von all den Heftigkeiten, im politischen Sinne von den Behörden bisher in so reichem Maße ausübten Drangsalierungen.

Es ist sicher. Solange wie die kapitalistische Produktionsform besteht, werden ihre inneren Gegensätze zu Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum führen. Nach der Beendigung des Krieges wird diese Kämpfe aus neue einsehen. Wie bisher, so wird sich auch in den zukünftigen Kämpfen die Arbeiterschaft nur auf ihre eigene Kraft, die in dem mächtigsten Ausbau ihrer Organisationen besteht, stützen können. Es ist deshalb dringend notwendig, die Gewerkschaften über den Kriegszustand hinweg aktionsfähig zu erhalten und sie nach dem Kriege mit neuem Leben zu erfüllen.

**Volkswirtschaftliche Rundschau.**

**Nahrungsmittelversorgung und Staat.**

Daß die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln durch kapitalistische Privatbetriebe im Ernstfall gänzlich versagen würde, war vorauszuversagen und nimmt uns deshalb nicht weiter wunder. Es ist erfreulich, daß man jetzt auch in anderen Lager diese mangelnde Organisierung einseht. Wir wüßten schon verschiedentlich auf die Auslagen von Wissenschaftlern wie Praktizierern hin, die eine Regelung der Nahrungsmittelversorgung durch den Staat verlangten. Auch der Reichliche Vertriebsrat in Frankfurt a. M. sprach sich jetzt in diesem Sinne aus und verlangt, daß der Staat die Produktion wie den Verkauf in die Hände nehme. Einen Schritt ist man auf diesem Wege jetzt in Schweden weiter gegangen. Nach dem Vorschlage des Lebensmittelausschusses werden dort jetzt der „Sozialen Praxis“ zufolge 80 000 Tonnen Weizen, die für einen zweimonatlichen Normalverbrauch genügen, von Staatswegen auf gekauft. Allerdings geschieht dies nicht auf einmal und nicht zu vorher bestimmte Zeiten und Punkten, um nicht den Espekulantentum die Preissteigerung leicht zu machen, sondern zu verschiedenen Zeiten und in ungleichen Mengen. Sollte dergleichen nicht auch in Deutschland möglich sein? Allerdings dürfte der Verkauf nur für die Bevölkerung stattfinden, solange es sich nicht um den gesamten Lebensmittelpreis handelt.

**Entdeckung des Gesetzes von der Erhaltung der Energie.**

**Vu Robert Mayers 100. Geburtstag.**  
Von Dr. Wolf-Friedenau.

Auch die Elektrizität ist eine Energie und wird aus anderen Energieformen durch Umwandlung derselben erhalten. In unseren Elektrizitätswerken geschieht die Erzeugung der Elektrizität durch Dynamomaschinen, welche von Dampfmaschinen in Bewegung gesetzt werden. Bei diesem Vorgange verwandelt sich also Wärme auf dem Umwege über die Dynamomaschine in Elektrizität. Auch dieser Umwandlungsprozess geht nach ganz bestimmten Verhältnissen vor sich, die durch genau ermittelte Äquivalenzsätze ausgedrückt werden können. Das Maß, mit dem wir die elektrische Energie messen, ist das Watt; 1 Watt entspricht einer mechanischen Arbeit von 0,102 Meterkilogramm, d. h. mit einer Arbeitsmenge von 0,102 Meterkilogramm kann eine elektrische Energie im Betrag von 1 Watt erzeugt werden. 1000 Watt, d. h. 1 Kilowatt, entspricht demnach einer Arbeitsmenge von 102 Meterkilogramm oder, da 427 Meterkilogramm = 1 Kalorie sind, einer Wärmemenge von 102 : 427 = 0,23 Kalorien. 1 Kalorie hingegen entspricht 427 : 102 = 4,18 Kilowatt, d. h. wenn keine Energieverluste stattfinden würden bzw. sich die aufgewandte Wärme nicht zum sehr erheblichen Teil in andere Energien verwandelt würde, so könnte in unseren Elektrizitätswerken mit jeder Kalorie, die auf dem Wege der Dampfmaschine erzeugt wird, mittels des Dynamomas eine Elektrizitätsmenge von 4,18 Kilowatt erzeugt werden. Wie wir Wärme in Elektrizität verwandeln können, so auch umgekehrt Elektrizität in Wärme. Das geschieht bei jeder elektrischen Kohlen- oder Metallfadenlampe, wo der in den dünnen Fäden geleitete elektrische Strom den Fäden zur Wärme erhitzt, so daß er als Lichtquelle dienen kann; auch in der elektrischen Nagenlampe, im elektrischen Schmelfeuer usw. wird Elektrizität in Wärme verwandelt. Daß auch das Licht eine Energie ist, geht daraus hervor, daß es aus anderen Energiearten gewonnen wird, das Licht der Glühbirne oder der Nagenlampe beispielsweise aus elektrischer Energie durch Verwandlung derselben in Lichtenergie. Ebenso kann wir auch Methoden (allerdings gegenwärtig noch recht unvollkommen), um Licht in mechanische oder andere Energie umzusetzen.

In der modernen Technik verwandeln wir die Wärmeenergie, die wir aus der Verbrennung von Kohlen gewinnen, mittels der Dampfmaschine in mechanische Arbeit, und die Wärmeenergie der Dampfmaschine in elektrische Arbeit, mittels der Dynamomaschine in Elektrizität usw. Überhaupt ist die Wärmeenergie, die uns die Kohlen liefern, die wichtigste Quelle aller Energie und Arbeit, die in der Technik geleistet werden. Woher stammt nun aber die Wärmeenergie, die wir aus der Kohle gewinnen, wie ist die Wärme in die Kohle gekommen? Die Naturwissenschaft weiß heute diese Frage auf Grundtatsache des Gesetzes von der Erhaltung der Energie zu beantworten. Die Energie, die in der Kohle enthalten ist und die wir bei der Verbrennung der Kohle als Wärme gewinnen, stammt von der Sonne! Nehmen wir statt der Kohle zunächst ein Stück Holz, um uns diesen Vorgang anschaulich zu machen. Ein Stück Holz entwickelt bei der Verbrennung in ebenfalls Wärme. Das Holz stammt von einem Baum, dieser Baum aber entstand unter der Einwirkung von Sonnenlicht und Sonnenwärme, indem die sich entwickelnde Pflanze diese auf sie ausstrahlte Energien in sich aufnahm und sie in dem Material, aus welchem sie sich bildete, festlegte. Die aufgenommenen Licht- und Wärmeenergie verwandelt sich hierbei in eine besondere Art von Spannungsenergie, nämlich chemische Energie, die in dem Holz des Baumes festgelegt worden ist und durch Verbrennung des Holzes wieder in Wärme verwandelt. Auf dieselbe Weise ist aber auch die

Energie, die wir aus der Kohle gewinnen, in diese gelangt, denn wir wissen, daß unsere Kohlenlager aus ehemals vorhandenen, dann aber untergegangenen Baumstämmen, durch Vermoherung bzw. Verkohlung derselben, entstanden sind. Die Energie, die in der Kohle enthalten ist, stammt also ebenso wie diejenige des Holzes von der Sonne, deren Licht und Wärme einstmals, vor Millionen von Jahren, die Bäume jener untergegangenen Wälder bildete und die in den Kohlenlagern als chemische Energie bis auf den heutigen Tag enthalten sind. Die Sonne ist letzten Endes die Quelle aller Energie, Wärme und Arbeit, die auf Erden und für unsere Arbeits- und technischen Zwecke gewonnen und verbraucht werden, und auch diese Erkenntnis, die uns einen so herrlichen Aufschluß über die Quellen und den Kreislauf der Kräfte in der Natur gibt, ist eine Folgerung aus dem Gesetz von der Erhaltung der Energie. In jedem Kilogramm Steintohle steckt eine Energie von etwa 8000 Kalorien oder eine mechanische Arbeitsenergie von 8000 x 427 = 3 416 000 Meterkilogramm.

Durch die Entdeckung des Gesetzes von der Erhaltung der Energie und die Folgerungen, die sich hieraus ergaben, war es ferner möglich, einer paradoxen Idee, die Jahrhunderte hindurch zahllose Köpfe — und nicht die schlechtesten — vergeblich beschäftigt hatte, ein Ende zu machen, nämlich der Idee des — Perpetuum mobile. Ein solches soll bekanntlich eine Maschine sein, die, einmal in Bewegung gesetzt, diese ewig beibehält und ewig in mechanische Arbeit umsetzen kann, ohne eines neuen Antzuges oder der neuen Zuführung von Energie zu bedürfen. Auf Grund der neuen Erkenntnis in das Wesen der Kräfte bzw. der Energie, die uns Robert Mayer vermittelt hat, fällt diese Idee wie ein Laubhütchen in sich zusammen. Um eine Maschine in Bewegung zu setzen, müssen wir zunächst ein bestimmtes Quantum Arbeit aufwenden, gleichsam in die Maschine hineinstecken. Bei der Dampfmaschine geschieht das durch Zuführung von Wärme, bei Maschinen, die mit der Hand betrieben werden, durch Muskelkraft bzw. durch die von dieser geleistete mechanische Arbeit. Mehr Arbeitsenergie, als in die Maschine hineingesteckt worden ist, kann diese nach dem Gesetz von der Erhaltung der Energie aber niemals abgeben, ebensowenig wie es möglich ist, aus einem Portemonnaie mehr Geld herauszunehmen, als vor dem Hineinstecken hineingelegt worden ist. Bei einem Perpetuum mobile, das fortwährend neue Arbeitsmengen liefern soll, ohne der Zuführung von Arbeit zu bedürfen, müßten die gelieferten Arbeitsmengen also geradezu aus dem Nichts entstehen, und das nach dem Gesetz von der Erhaltung der Energie nicht möglich ist, so ist eben das Perpetuum mobile eine Unmöglichkeit. Die Maschine gibt nicht einmal so viel Arbeit zurück, als in sie hineingesteckt worden ist, denn ein großer Teil der ihr zugeführten Energie geht durch Reibung in Wärme um, die in diesem Falle nicht nutzbar gemacht werden kann. Die Maschine kann also niemals den bollen Betrag der ihr zugeführten Arbeitsenergie zurückgeben, geschweige denn mehr Energie, als ihr zugeführt wurde, liefern oder gar ewig neue Arbeitsmengen aus dem Nichts erzeugen und abgeben. Damit fällt die Idee des Perpetuum mobile in sich zusammen, und alle die zahllosen Versuche, ein solches herzustellen — Versuche, die übrigens auch jetzt noch immer fortgesetzt werden — können und können nur von Leuten angeestellt werden, die von den Grundlagen der Mechanik und von der Natur und der Entstehung der Arbeitsenergie keine genügende Kenntnis haben. Aber erst durch die Lehre von der Erhaltung der Energie war die Überwindung der Idee des Perpetuum mobile wirklich möglich.

Von weitgehender Bedeutung und Einwirkung wurde die Lehre von der Erhaltung der Energie auf dem Gesamtgebiete der Technik. Obwohl diese Lehre eine neue und bessere Einsicht in die Begriffe von Kraft, Arbeit und Leistung, also der Grundbegriffe der Technik überhaupt, insbesondere auch der maschinellen Technik, und diese neue und vollkommeneren Einsicht auferte sich in einer neuen Einsicht in das Wesen, die Leistungen, die Konstruktion und Funktion der modernen Kraftmaschinen. Die moderne Theorie der Dampfmaschine wie über-

haupt der Wärmekraftmaschinen und damit Bau- und Ausführung der Maschinen beruhen im wesentlichen auf der Lehre von der Erhaltung der Energie, die naturgemäß die Herstellung und Anwendung gerade aller derjenigen Vorrichtungen, durch welche wir die Energien, die uns die Natur liefert, nutzbar zu machen suchen, also der Kraftmaschinen, von Grund aus beeinflussen mußte. Allgemein ist durch diese Lehre das Wesen der verschiedenen Energiearten unserem Verständnis näher gebracht worden. Alle Energiearten können wir jetzt in unmittelbarem rechnerische Beziehungen zueinander bringen, alle können wir in Meterkilogrammen messen, alle auf eine einheitliche Formel bringen, alle als etwas im Grunde Gleiches, nur der äußeren Form nach verschiedenes auffassen. Während wir früher in gänzlich unbestimmter Weise von „Kräften“ sprachen und in diesem Sinne Wärmekraft, elektrische Kraft usw. unterschieden, zwischen denen nichts Gemeinsames vorhanden war, wissen wir heute, daß die Bezeichnung „Kraft“ für alle diese Erscheinungen nicht mehr zutrifft, daß Wärme, Elektrizität, Massenbewegung, mechanische Arbeit, Spannungsenergie, Licht usw. nur verschiedene Formen ein und desselben Etwas, der Energie, sind, ähnlich wie etwa Kohle, Diamant und Graphit, nur verschiedene Formen ein und desselben Stoffes, nämlich des Kohlenstoffes, sind. Das Gemeinsame aller Energieformen ist, daß sie sich alle ineinander verwandeln lassen und zwar nach ganz bestimmten Äquivalenten, daß sie sich alle in mechanische Arbeit umsetzen lassen, die nach Meterkilogrammen genau zu berechnen ist. Damit haben wir ein genaues Charakteristikum des Wesens der Energie im allgemeinen und jeder einzelnen Energieart im besonderen und können sagen: Energie ist die Fähigkeit, Arbeit zu leisten, und Wärme, Elektrizität, Bewegungs- und Spannungsenergie und alle sonstigen Energiearten sind nur verschiedene Formen dieser Fähigkeit. In dieser Weise ein genaueres Verständnis für das Wesen der Naturkräfte erschlossen, und einen neuen, umfassenderen Begriff von dem Wesen und dem Zusammenhang dieser „Kräfte“ geschaffen zu haben, der auch für die praktische bzw. technische Anwendung und Ausnutzung derselben von größter Bedeutung geworden ist, das ist das große und unsterbliche Ergebnis der Forschungsarbeiten Robert Mayers und seiner Entdeckung des Gesetzes von der Erhaltung der Kraft.

Trotz der weltbewegenden Bedeutung seiner Entdeckung hat Mayer irhischen Ruhm nur wenig genossen und er hat nach dieser Hinsicht das Schicksal des verkannten Genies zur Genüge und bitter genig erfahren müssen. Jahrzehnte hindurch hat er in Wort und Schrift mühsam um die Anerkennung seiner Lehre seitens der Wissenschaftskämpfe müssen, und die Schulgelehrten, die auf ihn, den Nichtfachmann, mit allem Dunkel der kirchlich approbierten Autorität herabzublicken zu können vermeinten, haben ihm diesen Kampf nach Möglichkeit erspart. Als aber die wissenschaftliche Welt sich endlich zur Anerkennung des Gesetzes von der Erhaltung der Kraft bekannt hatte, da — wurde Robert Mayer die Priorität bestritten; wurden alle möglichen anderen „Gelehrten“ als Entdecker des Gesetzes von der Erhaltung der Kraft genannt; und wieder mußte Mayer zu Felde ziehen. Der „Stolz des 19. Jahrhunderts“ ist er — und nicht ganz mit Unrecht — genannt worden. Erst nach jahrzehntelanger aufregender Arbeit für seine Lehre und seine Rechte erlebte er eine gewisse äußere Anerkennung, und im Jahre 1878 wurde ihm der persönliche Adel verliehen. Er starb am 20. März 1878. Im Jahre 1889 wurde ihm ein Denkmal, eine Marmorbüste, vor dem Polytechnicum in Stuttgart errichtet, und im Jahre 1902 erinnerte sich auch seine Vaterstadt Gießen ihres unsterblichen Sohnes durch Errichtung eines Bronzestandbildes.

Mit der Entdeckung des Gesetzes von der Erhaltung der Energie begann eine neue Ära der Naturwissenschaft und der auf dieser gegründeten Technologie und Technik, war dieser wie jenen ein neues Fundament gegeben worden, dessen fruchtbarer Kraft noch Jahrhunderte weiter wirken wird.

# Soziale Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

## Ausschub der sozialen Wahlen.

Als Ende dieses Jahres sollten die Wahlen zu den Oberversicherungsämtern, Landesversicherungsämtern und zum Reichsversicherungsamt stattfinden. Auch zu den Organen der Versicherungssträger (Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften) sind jetzt lungengemäß vielfach Wahlen vorzunehmen. Weil jedoch zurzeit zahlreiche Wahlberechtigte im Felde stehen, würden Wahlen nicht den Gesamtwillen der Wählerschaft richtig zum Ausdruck bringen. Darum hat der Bundesrat auf Grund der ihm am 4. August 1914 erteilten gesetzlichen Ermächtigung durch Bekanntmachung vom 4. September 1914 folgendes bestimmt: „Soweit die Amtsdauer der Vertreter der Unternehmer oder anderer Arbeitgeber sowie der Versicherer bei Versicherungsbehörden und Versicherungssträgern und der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts vor dem 31. Dezember 1915 abläuft, wird sie bis zu dem Zeitpunkt, an welchem die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung zu wählenden Vertreter oder Mitglieder ihre Ämter anreten, jedoch längstens bis zum 31. Dezember 1915, verlängert.“ Die Wahlen, insbesondere die zu den Oberversicherungsämtern, den Landesversicherungsämtern und zum Reichsversicherungsamt, sind also bis voraussichtlich Herbst 1915 vertagt.

## Wichtig für Wohnungsmieter und Vermieter!

Der Bundesrat hat unter dem 15. Dezember folgende Verordnung erlassen:

1. Ist im Bezirk einer Gemeindebehörde eine kommunale oder gemeinnützige Anstalt (Einquingsamt) mit der Aufgabe betraut worden, zwischen Mietern und Vermietern oder zwischen Hypothekenschuldnern und Hypothekengläubigern zum Zwecke eines billigen Ausgleichs der Interessen zu vermitteln, so kann die Landeszentralbehörde anordnen, daß die Vorschriften der §§ 2 und 8 Geltung haben sollen.
2. Mieter, Vermieter, Hypothekenschuldner, Hypothekengläubiger sind verpflichtet, auf Ersuchen des Einigungsamts vor diesem zu erscheinen. Die Gemeindebehörde kann sie hierzu durch eine einmalige Ordnungsbefehl bis zu einhundert Mark anhalten. Mieter und Hypothekenschuldner sind verpflichtet, über die für die Vermittelung erforderlichen, von dem Einigungsamt bestimmt zu bezeichnenden Tatsachen Auskunft zu erteilen. Die Vorschrift im Absatz 1 Satz 2 findet entsprechende Anwendung. Gegen die Befolgung der Ordnungsbefehle (Abs. 1, 2) findet Bestrafung statt. Sie ist binnen zwei Wochen bei der Gemeindeaufsichtsbehörde zu erheben; diese entscheidet endgültig.
3. Die Gemeindebehörde ist befugt, von den im § 2 Abs. 1 bezeichneten Personen eine Versicherung an Eidesstatt über die Mithilflichkeit ihrer Auskunft entgegenzunehmen.
4. Handelt es sich in einem Verfahren, in dem die §§ 1, 2 oder 3 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 7. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 359) oder die §§ 1 oder 8 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 18. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 377) Anwendung finden, um die Verpflichtung zur Zahlung des Mietzinses oder des Zinses für ein hypothekarisch sichergestelltes Darlehen oder die befristeten Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eintreten sind oder eintreten, so hat das Gericht, sofern die Landeszentralbehörde von der ihr nach § 1 zustehenden Befugnis Gebrauch gemacht hat, das Einigungsamt vor der Entscheidung gutachtlich zu hören. Der Gerichtspräsident hat die Frage, die Lösung oder den Antrag in Abschrift dem Einigungsamt unverzüglich mitzuteilen. Das Einigungsamt ist verpflichtet, sein Gutachten mit tünlichster Beschleunigung dem Gerichte mitzuteilen.
5. Wer die gemäß § 2 Abs. 2 von ihm geforderte Auskunft wissenschaftlich falsch erteilt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft.
6. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.
7. Die aus Anlaß dieser Verordnung vorzunehmenden gerichtlichen Handlungen und das Verfahren vor dem Einigungsamt einschließlich aller hierfür erforderlichen Urkunden sind stempel- und gebührenfrei.
8. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

## Nachrichten aus der Montanindustrie.

### Die Kalilndustrie im Kriegszustande

belehrt der Vorstand der Kaligewerkschaft G. H. Brungen I und II in seinem Geschäftsbericht wie folgt: „Die günstigen Aussichten, die für die Kalilndustrie am Anfang der Vertriebszeit hinsichtlich des Gesamtabsatzes im laufenden Jahre bestanden, sind durch den Krieg sehr abgeschwächt. In der ersten Zeit nach Ausbruch des Krieges haben fast sämtliche Kalilwerke den Betrieb eingestellt. Die Lieferungen nach Wiederaufnahme des Güterverkehrs wurden zum Teil aus den vorhandenen Beständen erfüllt. Dies war auch auf unserem Werke der Fall. Da ein Teil der Kalilwerke wegen der besonders anfänglich sehr unregelmäßigen Wagengestellung oder aus anderen Gründen nicht in der Lage war zu liefern, wurden die Lieferungsanteile dieser Werke von anderen Werken mit übernommen. Für die Vertriebsleistungen einer Anzahl von Werken gegenüber den Wiederaufnahmen anderer wurde durch die Gesellschafterversammlung des Kalilnährwerks ein Preisausgleich unter den Syndikatsmitgliedern vereinbart. Inzwischen hat sich der Absatz in neuerer Zeit günstiger gestaltet, als man anzunehmen konnte, wenn auch nur annähernde Erreichung der Absatzpläne des Vorjahres nicht zu denken ist. Vor allem sind die Abnahmen nach dem Auslande, im besonderen nach Amerika, wegen der Sperrung der Schifffahrt nur im beschränkten Maße über das neutrale Auslande möglich. Immerhin ist der inländische Absatz ein nicht unbedeutender, so daß insoweit eine Reihe von Werken den Betrieb, wenn auch in bescheidenem Umfange, wieder aufgenommen hat.“

In ähnlicher Weise berichtet der Grubenvorstand des Kalilwerkes Hohenzollern. Dieser Bericht ist besonders interessant durch Mitteilungen über den eifässigen Kaliberbau. Darüber wird gesagt: „Bei den eifässigen Gewerkschaften Reichsland und Anna mußte bei Kriegesbeginn der Betrieb vollständig eingestellt werden. Seit Oktober konnte indessen die Gewerkschaft Reichsland mit den Verwendungen von dem vorhandenen Vorrat wieder beginnen. In der Werksanlage selbst sind durch die Kriegswirren keine Störungen vorgekommen, die irgendwo die Aufnahme des Grubenbetriebes beeinträchtigen könnten. Durch Verfassung der Sprengstofferlaubnis seitens der Militärbehörde mußten die Arbeiten unter Tage zunächst vollständig ruhen. Hoffentlich wird die nachgehende Erlaubnis möglichst bald erteilt, um die rückständigen Arbeiten nachholen und auch der notleidenden Arbeiterbevölkerung wieder eine Verdienstmöglichkeit geben zu können.“

### Der Verband des Stahlwerkverbandes

ist stark zurückgegangen. Er betrug im Monat November 1914 insgesamt 246 088 T. Rohstahlgewicht (gegen 280 570 T. im Oktober 1914 und 492 195 T. im November 1913). Der Versand ist also um 84 482 T. niedriger als im Oktober 1914 und um 218 107 T. niedriger als im November 1913. Von dem November-Versand entfallen auf Holzzeug 38 717 T., auf Eisenbahnmaterial 149 911 T. (159 073 T. im November 1913), auf Eisenbahnmaterial 149 911 T. (159 073 T. im November 1913) und auf Formeisen 57 460 T. (74 574 T. bzw. 103 680 T.). Die speziell für die Lieferung von Kriegsmaterial eingerichteten Werke sind natürlich stark beschäftigt. Neben die Lage und Aussichten namentlich der südwestdeutschen Bergwerks- und Hüttenindustrie sprach sich der Vorsitzende des Ausschusses der großen Rohstoffe (Kohlensyndikat) in der Sitzung des Reichsland am 10. November (1914) aus: „In verhältnismäßig kurzer Zeit konnten die ersten eingreifenden Störungen, die mit der Mobilisierung und dem Aufmarsch unserer Truppen verbunden waren, überwunden werden. Schneller als vorausgesehen war, stellte sich eine gewisse Regelmäßigkeit in den Werksbetrieben ein, nachdem diese ihre Arbeitskräfte dem geringeren Arbeiterbestande und den Möglichkeiten des Absatzes angepaßt hatten. Auch in unseren Werken, welche durch ihre Lage im Aufmarsch- und Festungsgebiet besonders in Mitleidenschaft gezogen waren und welche früher als andere Industriegebiete durch die völlige Eingehung des Landsturmes unter Arbeitermangel zu leiden hatten, gelang es uns nach Ablauf der ersten Kriegswochen, den Betrieb wieder aufzunehmen. Zurzeit ist ein Teil der Hochöfen und der Stahl- und Walzwerke mit Arbeit beschäftigt und diese wird noch zunehmen, wenn es uns gelingt, unseren Arbeiterbestand weiter zu

erhöhen. Neben der Beschaffung von Arbeiterkräften ist für die Wiederbelebung unseres Industriegebietes eine gute Regelung des Frachtenverkehrs auf den Eisenbahnen von höchster Bedeutung, damit die Zulieferung von Rohmaterial und der Abtransport der Bergwerksprodukte in zureichender Weise sich entwickeln können. Augenblicklich bleibt in dieser Hinsicht noch vieles zu wünschen übrig und es zeigt sich sehr, wie verwerlich das Vorhandensein einer guten Wasserstraße zum Transport von Massengütern sein würde. Er hoffe, daß nunmehr auf den Vorkriegsstand in der Hinsicht gestellte Frachtermäßigungen für Kohle- und Kohlentransporte baldigst gewährt werden wird, nachdem der Rhein-Sperrung dem Betriebe übergeben worden ist.“

## Neues Kohlenlager angebohrt in Holland?

Wie wir dem holländischen „Mijnwerker“ entnehmen, soll im Bereich der Gemeinde Sevenum in einer Zeufe von 800 Meter ein Kohlenflöz von 120 Meter Mächtigkeit angebohrt worden sein. Ob es sich nicht wieder um eine Spekulationsmeldung handelt?

## Kalklager in Spanien.

Mit diesen scheint es entgegen anderslautenden Meldungen, zum Vorteil für die deutsche Kalkindustrie, doch nichts zu sein. Der „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ wird nämlich geschrieben: „Am Samstag, den 6. Dezember, fand sich in Ihrer Zeitung (Nr. 283) die Weitergabe einer Uebersetzung des „Spanischer Fremdenblattes“ aus dem Spanischen über bedeutende Erträge betreffend Kalkfunde ufm. in Spanien, eine Meldung, die von Barcelona aus quasi amtlich gegeben ist. Ich nahm daraufhin Veranlassung, unter Befügung dieser Bekanntmachung bei einem Aufsichtsratsmitglied des Kalisyndikates Erlaubnis einzuholen und erhalte daraufhin die nachstehende Mitteilung:“

„Auf Ihre Anfrage vom 7. d. M. erwidere ich ergebenst, daß die Hauptverarbeiten in Katalonien bisher von einer in Basel domizilierten Gesellschaft ausgeführt sind, die an sich sehr tüchtige Geologen zur Stütze hat. Diese Geologen haben gerade die jetzigen Bahnpunkte angegeben. — Der Mißerfolg ist aber ein geradezu eklatanter gewesen.“

Ich gebe Ihnen anheim, hieron in Ihrem Blatte Kenntnis zu geben; Sie werden hiermit der Kalkindustrie einen Dienst erweisen, indem Sie eine und, wie es den Anschein hat, völlig unbegründete Beunruhigung der durch die Kriegszustände ohnedies augenblicklich leidenden Industrie vermeiden.“

## Heran an den Feind!

„Der Feind, den wir am tiefsten hassen,  
Das ist der Unverstand der Massen,  
Den nur des Geistes Schwert durchbricht.“

Hunderttausende Bergarbeiter sind noch nicht gewerkschaftlich organisiert! Wir brauchen sie aber alle zur wirksamen Förderung der Arbeiterinteressen.

Wenn der Krieg zu Ende ist, wird der Kampf um die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse wieder beginnen. Die Werksbesitzer bereiten sich schon darauf vor.

Darum nun überall vorwärts in die systematische Hausagitation für den Verband! Den Unverstand der Massen, — den nur des Geistes Schwert durchbricht, — müssen wir besiegen. Heran an diesen gefährlichsten Feind der Arbeiterinteressen.

Der Jahresabschluss steht vor der Tür. Er muss ein so guter werden wie nur eben möglich ist. Kassiert die restierenden Beiträge alle ein, damit der Verband auch im neuen Jahr leistungsfähig ist.

Die Mitglieder, Ortsverwaltungen und Bezirksleiter müssen wetteifern in dem Bestreben, alle rückständigen Beiträge einzutreiben, neue Mitkämpfer zu gewinnen. Je besser der Jahresabschluss, mit so grösserer Kraft kann der Verband in das neue Jahr eintreten.

Kameraden! Tut deshalb alle eure Pflicht. Keiner darf zurückbleiben. Sorgt dafür, dass wir uns vor den Arbeitsbrüdern, die im Felde stehen, nicht zu schämen brauchen. Glück auf!

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Sozialistische Führer über die Sozialisten im Kriegszustande.

Solange der Krieg noch nicht ausgebrochen war, haben die christlichen Friedensfreunde in allen beteiligten Ländern, allen Parteien und Gruppen, voran die Sozialisten, getan, was in ihren Kräften stand, um das Völkerverständnis zu vermindern. Nachdem diese Bemühungen erfolglos waren, galt es, notgedrungen zu der Kriegskatastrophe Stellung zu nehmen. Was nunmehr die Sozialdemokratie zu tun habe, das hat der im vorigen Jahre vertriebene älteste und einflussreichste Führer der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel, zwar wiederholt und unabweisend öffentlich erklärt. Aber es ist doch von großem Interesse, zu erfahren, wie sich Bebel 1913 in der Budgetkommission des Reichstages gelegentlich einer Diskussion über die große Heeresvermehrung über die Landesverteidigung aussprach. Die Kommissionsverhandlungen fanden nicht öffentlich statt. Nach den stenographischen Aufzeichnungen seines Kollegen, des Abgeordneten Dr. Südekum, erklärte damals Bebel:

„Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt namentlich von der Sozialdemokratie, der freilich ihre Gegner, die zum Teil unbeständig, zum Teil aber auch gefällig sind, oftmals den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat im Gegensatz zu dieser Behauptung niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reiches die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht. Wir müssen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen leider immer noch rechnen, namentlich von Osten her. Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den zu verhindern ich glaube auch die deutsche Regierung alles tut, dann müßte er bei dem heutigen Stand der Waffentechnik, bei der Organisation des Heerwesens und bei der Gestaltung der Staatenbündnisse in Westeuropa ungeheuren Umfang annehmen. Er würde zum Weltkrieg werden und unser Vaterland vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen. Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur die Wehrhaftmachung des letzten Mannes bei uns, sondern sie ist eine notwendige Folgerung. Die Sozialdemokratie geht aber noch weiter. Sie will die Wehrhaftmachung des Volkes nicht nur noch körperlichen und technischen Standpunkt aus betreiben. Das Vaterland verteidigt man nicht nur mit Maschinengewehren und Kanonen, Gewehren, Säbeln, starken Häuten und schnellen Weinen. Dazu gehören auch bestimmte geistige und sittliche Eigenschaften des Volkes, und die Sozialdemokratie will auch diese geistigen Eigenschaften des Volkes stärken, auf denen, wie die Geschichte aller Zeiten und Völker lehrt, die Selbstbehauptung einer Nation in erster Linie beruht. Diese geistigen und sittlichen Eigenschaften sieht sie tief begründet in dem aufwachen Freiheits- und Gleichheitswunsche der Zusammengehörigkeit der Volksgenossen.“

Dr. Südekum berichtet, daß diese von dem schwerkranken Bebel in tiefster innerer Erregung gesprochenen Worte bei Freunden und Gegnern den tiefsten Eindruck hinterlassen hätten. So sei der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion vom 4. August politisch eine Selbstverständlichkeit gewesen.

Dennoch gibt es bei uns im Lande einige Persönlichkeiten, die sich sozialistischer und demokratischer Dünkel, als der von der Arbeit internationalen als einer ihrer verdienstvollsten Vorkämpfer anerkannte August Bebel, von einem „Verrat an der Internationalen“ sprechen, weil die sozialdemokratische deutsche Reichstagsfraktion die Kriegstreiber nicht ablehnte. Diese Persönlichkeiten sollten auch an die heute doppelt bedeutungsvollen Worte eines anderen berühmten Führers der Arbeiterinternationalen, an eine Rede des von einem französischen Kurpatrioten rühmend ermordeten Jean Jaurès denken. In dieser großen Rede, am 17. und 18. Juni 1913, sprach Jaurès vor dem französischen Parlament gegen die dreijährige Wehrdienstzeit und Landwehrdienst, auf die Behauptung des kriegslüsteren Abgeordneten „Cho de Paris“, im Falle des Ausbruchs des Krieges würde die „schwarze“ (afrikanische) und die „rote Armee“ (gemeint war die deutsche Sozialdemokratie) Frankreich zur Seite stehen, zu sprechen. Jaurès sagte dazu:

„So redet „Cho de Paris“ für die Zukunft Frankreichs auf eine Verbindung, ein politisch-militärisches Zusammenwirken der schwarzen Armee Afrikas mit der roten Armee Deutschlands. (Belästigung und Feindschaft auf der äußersten Linken.) Also, nicht etwa wie ich es, die besten deutschen Sozialisten diese Rolle zuweisen, und ich protestiere in ihrem Namen! Sie werden für Deutschland, an dem Tage, an dem sie seine Unabhängigkeit werden vorübergehen müssen, ebensoviele ein Faktor der Schwäche sein, wie wir französischen Sozialisten es für Frankreich sein werden, an dem Tage, an dem es gefien wird, ohne Herausforderung und ohne Abenteurer Frankreichs Freiheit zu verteidigen und Frankreichs Recht.“ (Stürmischer Beifall auf der äußersten Linken und auf verschiedenen Banken links.)

Solche Deutsche, welche glauben, Deutschlands Sozialdemokratie würde im Kriegsfalle Landesverrat üben, müssen sich durch den Franzosen Jean Jaurès beschämen lassen. Dieser große Krieger, Friedensfreund und Sozialistenführer wurde sogar besser als viele Deutsche, was seine deutschen Parteigenossen im Kriegsfalle tun würden. Jaurès machte ihnen daraus beileide keinen Vorwurf, sondern im Gegenteil, er bezeichnete die Solidarität mit den Volksgenossen als eine Selbstverständlichkeit und nahm die deutschen Sozialisten gegen den Vorwurf, unterlandseindlich handeln zu werden, energisch in Schutz. Welch einen schweren Verlust haben die Friedensfreunde durch die Ermordung Jean Jaurès erlitten! Er war ein wahrer Patriot, als guter Franzose und als Nationaler zugleich ein Internationaler in des Wortes oberster Bedeutung.

## An die örtlichen Gewerkschaftsstellten und die Zweigvereine der Zentralverbände.

Werte Genossen! Einen kleinen Fortschritt auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge brachten die Verhandlungen des Reichstages und seiner freien Kommission vom 1. und 2. Dezember. Nach dem vom Reichstage angenommenen Gesetz über die Kriegskredite, wird ein Betrag bis zu 200 Millionen Mark nach näherer Bestimmung des Bundesrats bereitgestellt für Erwerbung von Wochenheimen während des Krieges, sowie zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf dem Gebiete der Kriegsmohlfahrtsfürsorge, insbesondere der Erwerbslosenfürsorge und der die gefühligen Mindestsätze übersteigenden Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften.“

Auch von den Landtagen einzelner Bundesstaaten sind Mittel für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellt, so daß die Gemeinden, die bisher mit Rücksicht auf ihre ungünstige Finanzlage die Arbeitslosenfürsorge ablehnten, einen solchen Ablehnungsgrund heute nicht mehr haben.

In den wiederholten Verhandlungen, welche mit dem Reichsamt des Innern von Vertretern der Generalkommission geführt wurden, sind für die Arbeitslosenfürsorge folgende Richtlinien in Aussicht genommen:

Von einer für das ganze Reich geltenden Arbeitslosenfürsorge wird abgesehen. Den Gemeinden wird empfohlen, diese durchzuführen. Finanzschwache Gemeinden erhalten aus den Kassen der Bundesstaaten und des Reiches Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung. Bei der Organisation der Arbeitslosenfürsorge sollen die Gemeinden die Gewerkschaften und Gewerksvereine aller Richtungen zur Mitarbeit heranziehen. „In verschiedenen Orten hat es sich bewährt, die Arbeitslosenunterstützungen der Gemeinde an organisierte Arbeiter gleichzeitig mit der Unterstützung der Gewerkschaft, des Gewerksvereins oder des Verbandes durch diese zur Auszahlung zu bringen. Jedemfalls aber dürfen Unterstützungen der Gewerkschaften, sowie der Gewerks- und Verbandsvereine, die Erparnisse her unterführten Personen darstellen, keinesfalls höher als zur Hälfte in Rechnung gestellt werden“, heißt es in der von der sächsischen Regierung gegebenen Anweisung an die Gemeinden. Die gleichen Bestimmungen dürften auch allgemein für das Reich getroffen werden.

Soll den Arbeitslosen schnell geholfen werden, so müssen wir diesen Grundsätzen zustimmen und sie in den Gemeinden zur Durchführung bringen.

Zu lange ist von vielen Gemeinden, besonders in den Bezirken, in welchen die Exportindustrie vorherrschend ist, mit der Fürsorge für die Arbeitslosen ausgesetzt worden. Nunmehr liegt kein Grund mehr vor, sie nicht in ausreichendem Maße und in durchgreifender Weise zu organisieren. Das Weihnachtsfest steht vor der Tür. Den Arbeitslosen und ihren Familien könnte keine größere Weihnachtsfreude bereitet werden, als durch einen Beschluß der Gemeindeverwaltungen die drückende Sorge von ihnen zu nehmen, sie mit der Hoffnung zu erfüllen, daß sie, ohne das Gefühl zu haben, es werde ihnen ein Almosen gewährt, in den kommenden schweren Winterwochen vor der Herben Not geschützt sind.

Dieser Gedanke allein muß alle Mitglieder der Gewerkschaften zwingen, in den Gemeinden, die bisher ihre soziale Pflicht nicht erfüllt haben, mit aller Energie diese Pflichterfüllung zu fordern.

Diese Mahnung darf nicht ungehört verhallen. Sie wird, dessen sind wir sicher, bei unseren Gewerkschaftsmitgliedern beachtet und befolgt werden. Aber auch die Gemeindeverwaltungen und jene Kreise, welche auf diese Einfluss haben, müssen sich bemühen, daß die Erfüllung der Volksgesundheit und Volkskraft abhängig ist von der Fürsorge für die Notleidenden. Nicht nur aus Mitleid mit diesen, sondern mehr noch in der Erkenntnis, daß es sich um die Erfüllung einer sozialen Pflicht handelt, müssen alle bisherigen Widerstände gegen die Arbeitslosenfürsorge überwunden werden.

Von Reich und Staat ist diese Verpflichtung anerkannt. Die Gemeinden dürfen nicht mehr zaudern, sondern müssen, wo dies noch nicht geschehen, von der theoretischen Anerkennung zur praktischen Durchführung dieser Verpflichtung schreiten.

Mit Gruß!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

## Aus der Genossenschaftsbewegung.

### Ein Kriegsausfluß von Konsumenten-Interessenten

hat sich am 13. Dezember in Berlin gebildet und seine Gründung dem Reichstagskomitee mitgeteilt. Zu dieser gegen den Lebensmittelpreis sich richtenden Kommission haben Gewerkschaften und sonstige Arbeitervereine aller Richtungen, die großen Verbände der Konsumentenvereine, die meisten Postangestelltenverbände, die größten Konsumorganisations ihren Beitritt erklärt. Es gehören dem Kriegsausfluß außerdem an: das Bureau für Sozialpolitik, der deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, der deutsche Käuferbund, der deutsche Frauenverein. Schon heute stehen hinter der Bewegung Verbände mit über 5 Millionen Mitgliedern, die mit ihren Angehörigen mindestens 15 Millionen Konsumenten darstellen. Als nächste Aufgabe hat sich der Ausschuss gesetzt, eine Sammel- und Auskunftstelle für alle Fragen der Volksernährung und des Massenbedarfes zu errichten, die Konsumenten aufzuklären und zu einem vernünftigen Verbrauch aller Vorräte zu veranlassen. Den Verbänden, Parlamenten und der Öffentlichkeit gegenüber als Sachverständigenvertretung der Konsumenten tätig zu sein, gegen ungerechtfertigte Preissteigerungen und Kriegsausfluß für Konsumenteninteressen in Berlin, W., 30. November 1914. Wir wünschen dem sehr empfehlenswerten Ausschuss einen durchschlagenden Erfolg gegen den Handelslebensmittelpreis.

Internationale Rundschau.

Für die Bergleute Oesterreichs

Sehr beachtenswert nennt unser Bruchblatt, der „Glückauf“ (Zinn- und Kupferbergbau) eine Rundschau der Industrie in Oesterreich.

Laut Bekanntmachung des zuständigen Ministeriums sind die Beschlüsse der Oesterreichischen Bergleute vorläufig von der Ausübung zum Amtsbetrieb befreit.

Englische Gewerkschaftler im Kriegsdienst.

Aus England wird berichtet, es hätten sich auf den auch von einer Anzahl Arbeiterführer unterzeichneten Aufruf zum freiwilligen Wehrdienst (es besteht dort keine allgemeine Wehrpflicht) hin hunderttausende Gewerkschaftsmitglieder gemeldet.

Table with 4 columns: Occupation, Number of workers, and other details. Includes categories like Eisenbahner, Bergarbeiter, and Ungeleitete Arbeiter.

Alle übrigen Gewerkschaften sind mit weniger als 1000 Kriegsteilnehmern beteiligt. Die meisten Anmeldungen erfolgten, wie das gegen die Kriegsteilnehmer schreibende Organ der sozialistischen Unabhängigen Arbeiterpartei, der „Labour Leader“, erklärt, unter dem Einfluß der von der Kriegspresse immerfort verbreiteten Schwimbelnachrichten über die „Hunnenkatalogen der Deutschen“.

Arbeiterverfolgungen in Rußland.

Der Faschismus muß sich noch recht sicher fühlen, denn selbst jetzt, wo er alle seine Kräfte aufwenden muß, um sich der deutschen und österreichischen Heere zu erwehren, gehen die Arbeiterverfolgungen in Rußland nicht auf.

Dieser Tage fällt die Moskauer Gerichtskammer ein Urteil im Prozeß gegen die Vorstandsmitglieder des Moskauer Buchdruckerverbandes, die im Januar d. J. anlässlich einer Sitzung in den Räumen des Verbandes verhaftet und der Zugehörigkeit zur Moskauer Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands angeklagt wurden.

Dieses brutale Urteil würde sicher nicht gefällt worden sein, wenn der Faschismus im eigenen Lande jetzt mit einer nennenswerten revolutionären Volkserhebung rechnen dürfte.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Holand III und IV. In der Belegschaft dieser Schächte herrscht Unzufriedenheit, weil so viele Kohlenwagen abhanden kommen. Es ist schon bemerkt worden, daß Kameradschaften zehn und mehr Wagen fehlten.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Gottmitrungsgrube. Am 11. Dezember 1914 bei Beginn der Frühjahrsgrube hier die Seilbahn vor Beendigung der Seilfahrt in Bewegung gesetzt, welche oberhalb vom Schachte die vollen Kohlenwagen weiter und die leeren Wagen an den Schacht zurückzuführen soll.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Nicht Völkerei, sondern Völkerverständigung!

Von diesem Gebot zur Menschenliebe ist ein Brief diktiert, den eine Mutter in Prag (Böhmen) von einer Mutter aus Kiew (Rußland) erhielt.

Ich muß Ihnen die traurige Nachricht mitteilen, daß Ihr Sohn Gwili am 28. September 1914 im Kriegshospital in Kiew sanft entschlafen ist. Er hatte eine böse Wunde am Bein. Das Bein mußte amputiert werden, aber es trat doch Blutvergiftung ein.

Wer kann diese Zeilen ohne tiefe seelische Erschütterung lesen? Diese russische Mutter ist gewiß eine gute Patriotin und dabei ein edler Mensch, dem das höchstwertige Gebot: „Nicht mit zu haßen, mitzulieben bin ich da!“ kein bloßes Wortgeplärrer bedeutet.

Gleiches Recht für Alle!

Herr Dr. Julius Bacher schreibt im „Tag“ (Berlin): „Wenn es ohne Kampf im öffentlichen Leben herginge, so würde bald gesunde Versumpfung sich bemerkbar machen.“

Die Neigung, mißliebige Minderheiten zu unterdrücken, hat seit Gründung des Deutschen Reiches eine Reihe von Ausnahmefällen geboren, die sich nirgendwo als gerechtfertigt erwiesen haben.

Ueber russische Arbeiter in Deutschland

lesen wir in der Tagespresse: „In den letzten Jahren ist in Ostpreußen eine lebhaftere Spionage für Rußland getrieben worden. Welche Wege dabei eingeschlagen worden sind, beweisen folgende Fälle: Als ein russischer Kriegesgefangener durch die Insterburger Gegend geführt wurde, sagte er, daß er diese Ortshäuser gut kenne, da er hier als Arbeiter beim Chaußeebau beschäftigt gewesen sei, wobei russische Offiziere als Schichtmeister fungiert hätten.“

Nicht nur in der deutschen Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie, namentlich in der Bergwerks- und Hüttenindustrie, sind vor dem Kriege zahlreiche russische Arbeiter beschäftigt worden.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Keine Lohnabzüge beim Wintershall-Konzern!

Von der Gewerkschaft Wintershall erhielten wir folgende Zuschrift: „In Ihrer Nummer 49 vom 5. Dezember d. J. teilen Sie auf Seite 2 mit, daß im Werratal Mitte Oktober einige Werke des Wintershall-Konzerns angehalten hätten, daß die Löhne um ein Drittel gekürzt würden.“

Bei Ausbruch des Krieges, als ungefähr jeder Tag eine neue Kriegserklärung brachte, wurden die Aussichten des Kalkulationsberichts ungünstig beurteilt. Man glaubte, für Monate mit einem Abzug überhaupt nicht rechnen zu können.

Wir ersuchen Sie ergebenst, von diesen tatsächlichen Verhältnissen in geeigneter Weise ebenfalls Kenntnis zu geben.

Wir nehmen von dieser Mitteilung gern Kenntnis. Leider müssen dann aber auf anderen Kaliberen um so stärkere Lohnabzüge erfolgt sein, denn der Durchschnittslohn pro Schicht ist im 8. Vierteljahr (Juli, August, September) 1914 gegen das Vorjahresjahr im Oberbergamtsbezirk Halle von 4,20 Mt. auf 4,09 Mt. im Oberbergamtsbezirk Clausthal von 4,89 Mt. auf 4,28 Mt. gesunken.

Süd-Deutschland.

Aus Bayern.

Die bayerischen Knappschaftsvereine berichten für Ende 1913 über eine Mitgliederzahl von 14 242 Köpfen, 681 mehr wie 1912. Davon wurden 4171 beim Steinlostenbergbau, 5575 beim Braunkohlenbergbau (als solcher wird seit einigen Jahren auch die Kohlengewinnung der Oberbayerischen Aktiengesellschaft für Bergbau geführt), 81 beim Erzbergbau, 104 beim Salzbergbau, 314 beim Salinenbetrieb, 170 in Gruben, 45 bei der Kamm-, Vitriol- usw. Gewinnung, 1465 in Hüttenwerken beschäftigt.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 52. Woche (vom 20. bis 26. Dezember 1914) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Achtung Verbandsmitglieder!

Wie spätestens 15. Januar 1915 müssen alle Ortsverwaltungen für den Monat Dezember abgerechnet haben. Es ist deshalb die höchste Zeit, die rückständigen Beiträge zu bezahlen. Jedes Mitglied muß dafür sorgen, daß der Jahresabschluss des Verbandes ein guter wird.

In letzter Zeit laufen wiederholt Beschwerden über das unpünktliche Ankommen der Zeitungspakete ein. Von mehreren Ortsverwaltungen ist gewünscht worden, daß wir die Zeitung schon Montags zur Post geben möchten.

Wir geben wie früher auch in diesem Jahre ein Inhaltsverzeichnis der „Bergarbeiter-Zeitung“ heraus. Diejenigen Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder, die ein solches haben wollen, müssen uns dies umgehend mitteilen.

Yerner machen wir unsere Ortsverwaltungen nochmals darauf aufmerksam, daß laut Beschluß der Generalversammlung in Hannover im Jahre 1913 Neujahrsgriße in Wegfall kommen.

In der Zahlstelle Laer ist die Sammelliste Nr. 406 verloren gegangen. Die Liste ist hiermit gesperrt und dürfen Beiträge darauf nicht gezahlt werden.

Kotzbeitrag.

Die Zahlstellen Bergshofen und Zeil sind berechtigt, ab 1. Januar 1915 pro Woche und Mitglied 5 Pf. Kotzbeitrag zu erheben.

Für den Unterstützungsfonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder tragen folgende Beiträge ein:

- a) In Bar: Zahlstelle Gentißenburg (Bez. Medlinghausen) 5,—, Oberhausen II (Bez. Oberhausen) 4,50, Kallehardt (Bez. Bochum) 19,80, Rönners (Bez. Hamm) 8,—, Gollten (Bez. Oberhausen) 6,80, Bochum III (Bez. Bochum) 25,—, Westerholt (Bez. Medlinghausen) 15,—, Sinsen (Bez. Medlinghausen) 24,20, Hocharmart (Bez. Medlinghausen) 84,80, Dahlhausen-Sörsterholz (Bez. Sinsen) 1,55, Wechhausen (Bez. Bottrop) 11,50, Wanne (Bez. Gelsenkirchen) 10,—, Rothhausen (Wille, Essen-West) 10,—, Gelsenkirchen VI (Bez. Gelsenkirchen) 20,—, Bommern (Bez. Sinsen) 16,—, Nieber-Altwasser (Bez. Waldenburg) 100,— Mt.

Sterbetafel.

- Auf den Schlachtfeldern sind gefallen: August Sonnenschein, Bornholzer-Durchholz, Johann Dnawski, Studienbuch, Friedrich Blankenstein, Carnap, Gustav Steinmann, Carnap, Otto Siepmann, Auf dem Schnee, Wilhelm Adenbach, Auf dem Schnee, Josef Gredtler, Steele, Wilhelm Weine, Schwerterheide, Johann Schlofer, Dreyer, Hermann Kufewitt, Aplerbedermark, Otto Wernicke, Güls, Heinrich Juchacz, Gime, Heinrich Bauernkamp, Dortmund V, Paul Ostermann, Bittermark, Adolf Wiedemann, Gahenesh, Ernst Gehrmann, Lünen-Stadt, Rich. Gerber, Müllen - St. Jakob, Bernhard Sterzel, Schiedewitz, Emil Gehner, Schiedewitz, Otto Nibel, Niederarglach, Franz Hofmeister, Marzberg II, Karl Große-Digges, Aplerbeck, Heinrich Gabel, Aplerbeck.

Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!